

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.)
= Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Erlenne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No 140

Samstag, den 23. November 1918

69. Jahrgang

Zweites Blatt.

Zur inneren Lage.

Reichsregierung und Nationalversammlung.

Berlin, 20. Nov. Staatssekretär Dr. Preuß empfing den Mitarbeiter der „Parlamentarischen Korrespondenz“ und sagte über die Wahlen zur Nationalversammlung: Alle Mitglieder der Reichsregierung sind sich über die unbedingte Notwendigkeit der denkbar schnellsten Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung vollständig einig. Unsere öffentliche Meinung darf darüber beruhigt sein. Ob der 2. Februar als Wahltermin eingehalten werden kann, hängt einfach von der Möglichkeit ab, die technischen Schwierigkeiten bis dahin zu überwinden. Diese Schwierigkeiten sind gewaltig. Nach einer runden Schätzung werden etwa 40 Millionen Wähler an die Urne treten. Den Wahlstatistiken kann leider nur die Volkszählung von 1910 zugrunde gelegt werden, weil die im Kriege vorgenommenen Volkszählungen für diese Zwecke unzureichend sind. Das jetzt zu beschließende Wahlgesetz gilt selbstverständlich nur für die konstituierende Nationalversammlung, die für die ihr folgenden legislativen Nationalversammlungen das endgültige Wahlgesetz erst zu bestimmen haben wird. Deshalb muß auf die besondere Schwierigkeit dieser ersten Wahl Rücksicht genommen werden. Ebenso wenig wie eine Verzögerung des Wahltermins wird irgendwie an eine Ueberfälligkeit gedacht, um etwa einer Partei die Zeit zu ihrer Wahlarbeit zu verkürzen. Die Wahlen zur Nationalversammlung sollen nicht um jeden Preis am 2. Februar stattfinden, aber der einmal gewählte Termin soll endgültig bleiben und nicht wieder verschoben werden. Ich hoffe „a ganzer Seele“, daß die Nationalversammlung, deren Hauptaufgabe die neue Verfassung der jungen Republik ist, jeden deutschen Mann und jede deutsche Frau fest und einig an das Vaterland binden wird. Die nationale Einheit Deutschlands nach all den gewaltigen äußeren und inneren Ereignissen nicht nur unverbrüchlich festzuhalten, sondern in freien und festen Formen noch fester zu entwickeln und auszugestalten, das ist zurzeit das höchste und wichtigste Anliegen jedes einzelnen Deutschen und des ganzen deutschen Volkes. Für uns kann es keinen fürchterlichen Gedanken geben als die Gefahr, daß in dem Augenblick, wo sich draußen die staatliche Welt auf Grund des Nationalitätenprinzips neu gestaltet, der Zusammenhalt des deutschen Nationalstaats bedroht sein könnte. Damit würde das deutsche Volk wiederum zum Ärgernis unter den Völkern werden, und auch die junge politische Freiheit würde auf das schwerste gefährdet. Durch die Beseitigung der dynastischen Hemmnisse haben sich die Voraussetzungen für eine Stärkung deutscher Einheit bedeutungsvoll geändert. Die Nationalversammlung der deutschen Republik muß beweisen, daß der Volksstaat der deutsche Nationalstaat ist; sonst sind die politischen und wirtschaftlichen, die materiellen und ideellen Interessen jedes Deutschen in Nord und Süd, in Ost und West gleichmäßig schwer bedroht.

Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat.

Berlin, 20. Der jetzigen Regierung fehlt es an der nötigen Kraft. Sie fühlt es, daß ihr Einfluß gering ist, deshalb, weil der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats Anspruch darauf erhebt, der bestimmende Teil zu sein. Zu diesem Besuche fand im Zirkus Busch eine Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Beisein der gesamten Reichsregierung statt, um die Kompetenzen zwischen der Reichsregierung und dem Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte so abzugrenzen, daß die Regierung auch wirklich die Möglichkeit hat, ihre Geschäfte auszuführen, ohne daß sie von anderen Instanzen sofort wieder durchkreuzt werden. Mollenhuth führte den Vorsitz. Der Vorsitzende des Vollzugsausschusses, Richard Müller, erläuterte Bericht über die bisherige Tätigkeit und sagte dabei, daß die Gefahr einer Gegenrevolution im Augenblick nicht zu besorgen sei. Große Schwierigkeiten seien aber noch zu überwinden. Noch ist dem deutschen Volke nicht klar geworden, in welcher fürchterlichen Lage wir durch den Krieg hineingetrieben wurden und welche große Schwierigkeiten vor uns liegen. Der Mangel an Rohstoffen wird zu großer Arbeitslosigkeit führen, wozu noch das drohende Gespenst der Hungersnot kommt. Weitere Schwierigkeiten erwachsen dem Vollzugsrat aus dem Gebiet der Kontrolle über die Behörden und Kriegsgesellschaften. In letzteren sind Kerne von vielen Millionen aufgespeichert, und unfaubere Elemente suchen besondere Geschäfte zu machen. Die Arbeiterfrage muß gelöst werden durch die Gewerkschaften im Einverständnis mit den politischen Parteien. Fügen sich einzelne Unternehmer nicht oder legen sie ihre Betriebe still, so werden wir diese enteignen. Wir wollen keine demokratische, sondern eine sozialdemokratische Republik. Der Redner verlas eine Resolution: Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen. Der Vollzugsrat der A.- und S.-Räte Groß-Berlins verlangt daher die Einberufung einer Delegierten-Versammlung der A.- und S.-Räte Deutschlands. Diese hat auf Grund eines von ihr festzusetzenden Wahl-

systems einen Zentralrat der deutschen A.- und S.-Räte zu wählen, der eine neue, den Grundfäden der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu entwerfen hat. Diese Verfassung ist der von ihm zu berufenden konstituierenden Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Dann sprach Haase. Er betonte die Notwendigkeit im Gegensatz zum Vorredner, die Nationalversammlung einzuberufen, vor der sich niemand zu fürchten brauche. Die Errungenschaften der Revolution könnten dadurch nicht verloren gehen.

Dann begann die Diskussion. Im Namen der Berliner Anwaltschaft wies Geh. Justizrat Buchs den Vorwurf zurück, daß die Rechtsanwältin der alten Regierung Scherendienste geleistet hätten. Das Verhalten der Anwaltschaft im Falle Liebknecht sei der beste Gegenbeweis. Rechtsanwalt Thiele erklärte, daß 2000 Berliner Anwälte die neue Regierung unterstützen, und 18 000 Kollegen im Reich würden sich wahrscheinlich anschließen. Man solle die Deutschen in Oesterreich bei der Nationalversammlung nicht vergessen.

Zu stürmischen Szenen kam es in der Versammlung, als der Matrose Köhler sich darüber beschwerte, daß vielfach Arbeiter gesagt hätten, die Matrosen könnten Berlin nicht schützen; Liebknecht habe die Matrosen aus Berlin heraus haben wollen und habe auf den Kopf jedes Matrosen 2000 Mark gesetzt. Der Matrose wurde von stürmischen Zwischenrufen sowohl aus der Versammlung wie von der Rednertribüne unterbrochen, er solle Beweise dafür bringen. Der unabhängige Sozialist Dändig erklärte, daß das alte System noch lange nicht gestürzt sei. Nur das Oberhaupt sei beseitigt. Das Volk solle sich nicht durch das „blöde Gerede über den Volkseigenismus“ irre machen lassen. H. Müller vom Vorstand der alten Sozialdemokratie, ebenso wie Haase verwiesen auf die großen technischen Schwierigkeiten der Wahlen zur Konstituante. Ledebour, der gegen Haase und andere so polemisierten versuchte, wurde stürmisch unterbrochen. Ebert und Liebknecht kamen nur noch in persönlichen Bemerkungen zum Wort. Liebknecht forderte die sozialistische Revolution. Ebert schloß sich Haase an.

Die Versammlung endete damit, daß die Resolution mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Kriegswichtige Betriebe und die Arbeiter.

Berlin, 20. Nov. Seit Abschluß des Waffenstillstandes erfüllt die Voraussetzung, unter der die Betriebe der Nahrungs- und Ernährungsindustrie als „kriegswichtig“ zu gelten hätten. Damit ist auch das Fortbestehen der Verordnung, wonach die Arbeiter jener Betriebe, die infolge Rohstoffmangels feiern müssen, aus Reichsmitteln entschädigt werden, der Boden entzogen. Trotzdem soll die Entschädigung der Arbeiter solcher Betriebe, die die Arbeit wegen Rohstoffmangels vor dem 12. November 1918 eingestellt oder beschränkt haben, bis 25. November fortgewährt werden. Die neugeschaffene Erwerbslosenfürsorge steht aber ausdrücklich eine besondere Regelung der Unterstützung von Arbeitern vor, die infolge vorübergehender Betriebseinstellung oder Einsparungen einen Lohnausfall erleiden.

Der Protest Fehrenbachs.

Berlin, 21. Nov. Der Präsident des Reichstages, Fehrenbach, hat an die Reichsleitung einen Protest gerichtet, weil diese den Reichstag nicht mehr einberufen und ihn ohne weiteres außer Tätigkeit gesetzt hat. Der „Vorwärts“ schreibt hierzu: Der Standpunkt der Reichsregierung ist vollkommen korrekt, und es ist nicht einzusehen, mit welchen Gründen Herr Fehrenbach seinen Protest stützen will. Revolution bedeutet nun einmal den vollkommenen Sturz des bisherigen Verfassungslebens. Mit ihr verschwinden die bisherigen Träger der Regierung und der gesetzgebenden Gewalt, um der sich aus der Revolution ergebenden neuen Ordnung Platz zu machen. Trotz aller Buchstabenjurisprudenz ist die Revolution Rechtsquelle, d. h. der Ursprung neuen Rechts, das sich auf sie gründet und von ihr seinen Anspruch auf Geltung nimmt.

Mülhausen an Poincaré.

B. Zürich, 20. Nov. Poincaré empfing durch Vermittlung des Kommissars der Republik in Kolmar folgendes Telegramm: „Die Bewohner von Mülhausen, die soeben durch eine Rundgebung ihr Vertrauen in die Geschicke und in die Größe ihres Vaterlandes gelegt haben, machen es sich zur Pflicht, dem Präsidenten der Republik ihre Gefühle tieffster Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen.“ — Poincaré antwortete: „Ich danke der Stadt und der Bevölkerung von Mülhausen von ganzer Seele. Ich lehne ihre unveränderte Anhänglichkeit an Frankreich. Frankreich freut sich darüber, sie für immer wiedergefunden zu haben. Ich sende Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch.“

Waffenstillstandsbedingungen.

Eine Bitte um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.
B. Berlin, 20. Nov. (Amtlich.) Den gegnerischen Regierungen wurde durch Vermittlung der schweizerischen und holländischen Regierung folgende Note übermittelt:

Der deutsche Bevollmächtigte der Waffenstillstands-Kommission in Spaai übergab am 16. November folgende Note: An die gegnerischen Vertreter! Im Auftrage der deutschen Regierung habe ich auf folgendes nachdrücklich hinzuweisen: Bei Aufgabe der jetzt besetzten Strecken werden die dort eingelegten Lokomotiven übergeben. Im ganzen handelt es sich dabei um rund 3000 Lokomotiven. Die Zuführung der übrigen, etwa 2000 Lokomotiven, würde den Zusammenbruch des deutschen Eisenbahnbetriebes und damit eine sehr schwere Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten. Hungerrevolten mit ihren unaussprechlichen Folgen wären zu erwarten. Außerdem würde infolge der Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen, z. B. die Gefangenenablieferung, unmöglich sein. An Eisenbahnwagen werden voraussichtlich etwa 100 000 Wagen im besetzten Gebiet zurückgelassen. Die Zuführung des Restes der Wagen aus Deutschland steht bei der gegenwärtigen Lage auf Schwierigkeiten, deren Behebung nicht abzusehen ist.

Hierauf erwiderte Marschall Koch durch folgenden Funkpruch: „Die Frage ist nicht klar. Artikel 7 der Konvention setzt die Frist von 31 Tagen für die Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Wagen fest. Die Frist kann nicht geändert werden. Ich stelle nur anheim, Lieferungspläne vorzuschlagen, um die völlige Lieferung in der festgesetzten Frist zu erreichen.“

Die deutsche Regierung macht erneut auf die unabsehbaren Folgen aufmerksam, die bei Durchführung der Bestimmungen des Artikels 7 der Waffenstillstandskonvention drohen und bittet dringend, eine Milderung der Bestimmungen herbeizuführen.

(gez.) Dr. Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Deutsch-englische Flotten-Verhandlungen.

B. Berlin, 20. Nov. Ueber den Gang der Verhandlungen der Abordnung der deutschen Marine mit dem englischen Flottenchef-Admiral Beatty in Roath erfahren wir von zuverlässiger Stelle folgende Einzelheiten: Der englische Flottenchef hatte an den Chef der deutschen Hochseeflotte Admiral v. Gipper unmittelbar persönlich durch Funkpruch die Aufforderung erteilen lassen, einen Flaggoffizier der deutschen Marine zu weiteren Verhandlungen nach Roath zu senden. Der Chef der Hochseeflotte beauftragte Konteradmiral Meurer mit der Führung der Verhandlungen. In der Begleitung des Konteradmirals Meurer befanden sich Korvettenkapitän Hinzmann, Kapitänleutnant Saalwächter, Kapitänleutnant von Freudenreich, Leutnant z. S. Brannet und eine Abordnung des Soldatenrates der Hochseeflotte und der Republik Oldenburg-Ost-Friesland. Die „Königsberg“ ankerte auf der Außenreede sofort. Nach dem Ankerwerfen kam ein Offizier aus dem Stabe des Admirals Beatty an Bord der „Königsberg“ und überbrachte ein Schreiben des englischen Flottenchefs, das die Bitte an Admiral Meurer enthielt, mit den ihn begleitenden Offizieren seines Stabes auf das englische Flaggschiff zu kommen. Zur Ueberfahrt wurde der englische Zerstörer „Daf“ gestellt. Auf die Anfrage des Konteradmirals Meurer, ob auch die drei Mitglieder des Soldatenrates der Flotte der Sitzung beizuwohnen sollten, lehnte der auf die „Königsberg“ entsandte englische Offizier die Beibehaltung des Soldatenrates im Auftrage des Admirals Beatty ab. Die drei Mitglieder mußten infolgedessen auf der „Königsberg“ zurückbleiben. Auf dem englischen Flaggschiff wurde sofort eine Sitzung abgehalten. Admiral Beatty las die Zusammenstellung der von ihm gewünschten Ausführungsbestimmungen des Waffenstillstandsvertrages vor und erklärte, daß er von der Entente und den Vereinigten Staaten beauftragt sei, alle Fragen des Waffenstillstandes zur See zu regeln. Er bat Konteradmiral Meurer, sich die gleiche Vollmacht erteilen zu lassen. Auf funktentelegraphischem Wege wurde die Vollmacht eingeholt. Auf die mündliche Mitteilung des Konteradmirals Meurer, daß an Bord der „Königsberg“ sich drei Mitglieder des Soldatenrates der Flotte und der Republik Oldenburg-Ost-Friesland befänden, lehnte Admiral Beatty jede Verhandlung mit dieser Abordnung ab, da er nicht autorisiert sei, Mitglieder einer Regierung zu empfangen, die von der englischen Regierung nicht anerkannt sei. In dieser Sitzung beantwortete Konteradmiral Meurer die von Vize-Admiral Beatty gestellten Fragen, in die sich die Besprechung einzelner Punkte anschloß. In das Schlußprotokoll, das in der Schlusssitzung am 18. November abends aufgestellt wurde, wurden im wesentlichen die Ausführungsbestimmungen für die Ueberführung der U-Boote und der zu internierenden Schiffe und Torpedoboote, sowie eine Reihe Fragen aufgenommen, die die deutsche Abordnung nach ihrer Rückkehr in Deutschland klären mußte. Erwähnenswert ist, daß Admiral Beatty sich bereit erklärte, auf diesen Artikel 24 der Waffenstillstandsbedingungen, der fordert: Wesehung der Ozean-Defestigungen vorläufig zu verzichten, wenn von deutscher Seite sofort die erforderlichen Minenräumarbeiten in der Ostsee in Angriff genommen würden.

Aus den Parteien.

W. Köln, 20. Nov. Ein maßgebender Kreis rheinischer Zentrumskreise veröffentlicht in der „Kölnischen Volkszeitung“ einen neuen großen Programmentwurf. Die Partei führt den Titel „Freie deutsche Volkspartei“.

W. Köln, 21. Nov. Der Vorstand des Kölner Nationalliberalen Vereins beschloß einstimmig, sich dahin auszusprechen, daß unter den gegebenen Verhältnissen als Regierungsform für Deutschland nur die große deutsche soziale (nicht sozialistische) Republik in Frage kommt. Es sollen sofort Schritte eingeleitet werden, um mit der Fortschrittlichen Volkspartei die Gründung einer einzigen freiheitlichen Volkspartei vorzuschlagen.

Allerlei Nachrichten.

Zu der Bewegung in Brüssel.

(b.) Köln, 19. Nov. Das Nachrichtenbüro des Arbeiter- und Soldatenrates teilt folgenden Bericht des Vollzugsausschusses des Zentralrats in Brüssel über die Bewegung in Brüssel mit: Die Bewegung begann am Samstag Nachmittag. Das Gouvernament dankte am Sonntag Nachmittag um 3 Uhr ab. Wenige Stunden darnach wehte vom Generalgouvernament die rote Fahne. Der Soldatenrat bildete sich am Sonntag Nachmittag. Bald ging die Bewegung auch auf die Belgier mit über, bei denen sie einen chauvinistischen, deutschfeindlichen Einschlag erhielt. Der Soldatenrat beschloß die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, auch belgischer Nationalität. U. a. wurde auch der sozialistische Senator Colleau freigelassen. Der Soldatenrat übernahm am Sonntag noch die „Deutsche Brüsseler Zeitung“. Die Bewegung schwoll immer mächtiger an. Tausende von deutschen Marodieren zogen durch die Straßen. In zentralen Punkten der Stadt gab es auch unersetzliche 40 Tote. Die ganze Zivilverwaltung war in kopfloser Auflösung begriffen. Dem Soldatenrat gelang es zunächst nur 40 Mann der Sicherheitswachen zusammenzubringen. Am Montag wurden Beziehungen zu den neutralen Gesandten und den belgischen Behörden einschließlich des neutralen Ernährungskomitees gesucht und gefunden. Dem Ernährungskomitee wurden sämtliche deutsche Lebensmittel übergeben. Die belgischen Gerichte wurden wieder eingesetzt und der Bürgermeister Marx im Automobil von Goslar zurückgeholt. Am Dienstag wurden mit den zurückkehrenden Fronttruppen und deren Stäben Verhandlungen aufgenommen, die ein Nebeneinanderarbeiten zur Folge hatten. Die Verpflegung der Truppen wurde gesichert, alle deutsche niedergeschlagen. Am gleichen Tage vollzog sich die Angliederung der Soldatenräte Antwerpen, Beverloos und Rumors an den Brüsseler Soldatenrat. Die durch Plünderungen entstandenen Schäden wurden im Laufe des Mittwoch wieder gut gemacht. Am Dienstag war die ganze Stadt von Versprengten gesäubert und ein geordneter Abmarsch der Truppen gesichert, sobald der Vollzugsausschuß am Freitag den belgischen Behörden ein gesichertes und ruhiges Brüssel übergeben konnte.

Deutschlands Menschenverluste im Kriege.

W. Berlin, 20. Nov. Auf Grund zuverlässiger Unterlagen können wir die Verluste Deutschlands bis zum 31. Oktober 1918 genau angeben. Deutschland hat 1 580 000 Tote zu beklagen. Als vermisst werden 260 000 Mann gemeldet, wovon aber ebenfalls ein großer Teil nicht mehr unter den Lebenden weilen wird. Die Zahl der in Feindeshand befindlichen deutschen Gefangenen beträgt 490 000, Verwundet wurden 4 Millionen Soldaten, wobei aber eine wiederholte Zählung in den Fällen vorgekommen ist, wo ein Soldat mehrmals verwundet worden ist. (Hst. Ztg.)

Die Vorgänge in Warschau.

(r.) Berlin, 20. Nov. Ueber die revolutionären Vorgänge in Warschau gibt ein Verwaltungsbeamter im „Polenanzeiger“ eine Schilderung. Der Jüdischhose habe schon lange in der Luft gelegen. Verschiedene deutsche Polizeibeamten seien erschossen worden, und von den ersten Novembertagen an mehrten sich die Opfer unter den deutschen Soldaten. Am 9. November sei besonders viel auf den Straßen geschossen worden, und die Entlassung einzelner deutscher Soldaten begann. Am 11. November ließ sich die 17 000 Mann starke deutsche Garnison von den 4500 Legionären, die nur 400 Gewehre besaßen, entwaffnen. Am gleichen Tage ergab sich die Zitadelle bis auf ein Fort. Am 12. November berichteten die polnischen Zeitungen triumphierend über die Beute. Die „Gazeta Poronna“ berichtet darüber: Den Russieren

wurden 300 Pferde abgenommen, den Husaren 1000, dem Spital 200 und einem Zug, der aus der Ukraine kam, 400 Pferde. Auf dem Flugplatz Mokotow wurden 30 fertige und 40 demolierte Flugzeuge „erobert“. Auf der Chmielna-Straße wurden die Depots für Artzmittel und Verbandzeug geplündert, deren Wert auf 28 Millionen Mark geschätzt wird. Auf dem Bahnhof Warschau-Praga wurden 61 gefüllte Gebäude mit Proviant, Uniformen, Munition für mehrere Millionen mit Beschlag belegt. Den Polen mußten 113 000 Waggons mit 15 Lokomotiven, ferner Kabel und alles Zubehör überlassen werden. Der Schaden ohne Eisenbahnmateriale beläuft sich auf über 700 Millionen Mark. — Der Soldatenrat trat mit Pilsudski, in dessen Händen nun alle Gewalt ruht, in Verbindung. Er versprach den ruhigen Abtransport der Soldaten und Beamten; das sind einschließlich der Frauen etwa 700 000 Personen. Er stellte die Bedingung, daß die Abreise ohne Waffen und nur mit Nahrungsmitteln für etwa acht Tage erfolgen und niemand mehr als 1000 Mark bei sich tragen darf.

Friedensverhandlungen.

W. Haag, 20. Nov. „Daily News“ meldet: Der große Friedenskongreß, bei dem die Delegierten der Entente mit den Delegierten Deutschlands, Österreichs und der Türkei an einem Tisch sitzen, wird, sobald es möglich ist, im Januar in Versailles zusammentreten und sein Hauptquartier in Paris haben. Bis jetzt sind folgende Delegierte bereits ernannt: für Frankreich Clemenceau, Briand, Barthou und Bourgeois, für das britische Reich Lloyd George, Balfour und wahrscheinlich Lord Reading, ein Arbeiterdelegierter und einer oder mehrere Delegierte der Atomländer. Die Regierung hat die Absicht, falls sie nach den Neuwahlen am Ruder bleibt, Asquith einen Platz im Koalitionsministerium anzubieten, um ihm auf diese Weise Gelegenheit zu geben, dem Friedenskongreß beizuwohnen. Es ist noch ungewiß, ob Lord Grey der Friedenskonferenz beizuwohnen wird. Der Arbeiterminister Barnes ist für die Friedenskonferenz in Aussicht genommen und wahrscheinlich auch Thomas. Die Vereinigten Staaten entsenden Wilson, Elihu Root, Lansing und Oberst House, Italien Sonnino und Orlando. Für Belgien sind die Delegierten noch nicht ernannt, man glaubt, daß Ministerpräsident Cooreman und Vandervelde an der Konferenz teilnehmen, Japan vertretet die Vorkriegsminister in London und Paris, Rumänien wird durch Take Jonescu, Griechenland durch Venizelos, Serbien durch Paskitch vertreten sein, die Tschecho-Slowaken entsenden Masaryk, die Südslawen Demetz. Für Rußland sind noch keine Delegierte ernannt. Es verlautet, daß die Friedensverhandlungen öffentlich geführt werden.

Siegesfeiern.

W. Rotterdam, 20. Nov. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet aus Paris, daß die Monarchen der alliierten Länder sich zu einem Triumphzug der alliierten Truppen durch den Triumphbogen von Paris über die Champs-Élysées in das Innere der Stadt begeben. An dem Zuge werden teilnehmen die Könige von England, Italien, Belgien, Serbien, Griechenland und Montenegro. Man erwartet, daß auch Präsident Wilson dabei sein wird. Vertreten werden ferner sein die südafrikanischen Republiken, China, Japan und Portugal. Alle alliierten Armeen werden durch auserlesene Truppen in diesem Siegeszug vertreten sein. (Wir möchten empfehlen, in diesem Zug eine graphische Darstellung mit heranzutragen, daß das Stärkeverhältnis der Alliierten und das der Mittelmächte, besonders Deutschland, augenscheinlich darstellt. Der plücherne Zuschauer würde sich gewiß seine eigene Meinung bilden. Die Schrift.) Die republikanische Partei Nordamerikas schlug in der Kammer vor, am 14. Juli 1919 eine Weltfeier des Sieges der Alliierten zu organisieren. Zu der Feier in Amerika sollen Hoch, Vershing, Douglas Hoig und Diaz eingeladen werden.

Der Einzug der Franzosen in Mex.

(b.) Genf, 21. Nov. Das Journal des Debats schreibt unterm 18. November: Unsere Truppen sind heute Nachmittag in Mex. eingezogen und zwar die 1. und 10. Armee mit Marschall Petain an der Spitze. Am Vorabend hatte die Vorhut bereits von der Stadt Besitz genommen. Alle Glocken läuteten. Die Artillerie schloß unaufhörlich. 600 französische Flugzeuge überflogen die Stadt. Als General Petain, von seinem Generalstab umgeben, erschien, erscholl aus der Menge unbeschreiblicher Jubel. Er hielt vor der Statue des Marschalls Ney und nahm den Vorbeimarsch der englischen Fliegerabteilung ab, die ihm von General Mangin vorgeführt wurde. Die Begeisterung war erhabend und grenzenlos.

Aus Frankreich.

W. Amsterdam, 21. Nov. „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus London: „Daily News“ berichten aus Paris: Man erwartet, daß Clemenceau

zum dauernden Vorsitzenden des Friedenskongresses gewählt werden wird, und daß Wilson ersucht werden wird, bestimmte Sitzungen, vermutlich vor allem die Eröffnungssitzung, zu leiten.

Die englischen Gesamtverluste.

W. Haag, 20. Nov. „Holländisch Nieuws Büro“ meldet aus London: Im Unterhause teilte der Untersekretär des Kriegsamt Macpherson mit, daß die britischen Verluste mit Einschluß der englischen Hilfskräfte, aber ohne Einbeziehung der Luftstreitkräfte bis zum 10. November 1918 an Toten, Verwundeten, Vermissten und Kriegsgefangenen 3 497 991 Mann betragen.

Vermischtes.

Für Wertpakete bis 100 Mk

tritt am 15. November eine Reihe von Erleichterungen und Vereinfachungen verschärfte ein. Die Pakete brauchen nicht mehr versiegelt zu werden. Der Wert ist nur auf der Paketkarte, nicht auch auf der Sendung selbst anzugeben. Für die Einlieferungsscheine werden die gewöhnlichen Posteinlieferungsscheine benutzt. Es ist darin nur der Wert in Zahlen und der Bestimmungsort anzugeben, aber weder Empfänger noch Gewicht. Die Namensunterschrift wird durch den Ausgabestempel ersetzt. Im Einlieferungsbuch brauchen die Beträge nicht mehr zusammengerechnet zu werden. Das Gewicht wird nur nach ganzen und halben Kilogrammen ermittelt. Auch bei der weiteren Behandlung werden die Wertpakete bis 100 Mk. den gewöhnlichen Paketen völlig gleichgestellt. Für die Erbsparleistung bis 30 Mk. sind die Postämter selbst zuständig.

Versorgung mit Zahlungsmitteln.

* Auf öffentliche Einladung des Soldaten- und Arbeiterrates fand gestern eine Besprechung mit Vertretern der sämtlichen Frankfurter Banken und Bankiers in der Handelskammer statt, in welcher folgendes festgestellt wurde: 1. Die anwesenden Vertreter der Reichsbank und des Magistrats erklärten, daß keine Befürchtung mehr bestehe, daß die Zahlung der Arbeiterlöhne und der Soldatenlöhne sowie der Gehälter wegen Mangel an Zahlungsmitteln auf Schwierigkeiten stoße. 2. Die Verschleppung von Geld nach dem Ausland ist ausgeschlossen. 3. Die Banken und Bankiers werden Maßnahmen treffen, daß das Hamstern von Noten unterbleibt, und daß der Rückfluß der ausgegebenen Noten nach Möglichkeit gesichert wird. 4. Der bargeldlose Verkehr, wie er bisher bestanden hat, ist unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. 5. Die beteiligten Behörden, insbesondere Stadt, Reichsbank und Handelskammer stellen sich bei der Durchführung dieser Maßregeln zur Verfügung.

Rückwanderer bitten um Land.

* Tausende von kinderreichen, ferndeutschen Bauernfamilien aus Südrussland, besonders aus Bessarabien, mit Geld und tüchtigem Vieh versehen, möchten gern in Deutschland ansässig werden. Die schlesische Landwirtschaftskammer wendet sich in ihrem Namen an den schlesischen Großgrundbesitz um Land. Sie erbittet solches auch für unsere heimkehrenden Helden.

Ein Wort über deutsche Frauenkleidung.



Nr. 5767.
Kleid aus
gewaschener Stoff.

Dunkler Samt ergab das Material für die kleidbare Bluse, während der Rock aus Taft und Samt zusammengesetzt war. Die glatte Futterlose Bluse hat Rückenschlitz und einen breiten leicht absteigenden Taftkragen, den eine leichte Buntstickerei verzieren. Etwas Buntstickerei zierte auch zwischen dem Kragen die Bluse. Den tiefen, gefalteten Büfendärmel schließt eine bestickte Manschette ab. Der gereichte Rock schließt mit schmalem Gürtel ab, seine breite Vorderbahn wird durch Knopfguppen betont. Unten schließt ein breiter Samtkragen den Rock ab. Sein Schnitt ist in 96, 100, 108, 116 cm Hüftweite zu 85 Pf. und zur Bluse in 44, 46, 48, 60 cm halber Oberweite zu 60 Pf. durch die Modenzentrale Dresden-N. 8 zu beziehen. Das Aufplättmuster ist zu 1 M. vorrätig.

Verantwortlich: Adam Etienne, Dessau.

Elfämische Bankgesellschaft

Filiale Mainz.

Aktienkapital Mk. 20 000 000.

— Fernruf Nr. 52 und 91 —

Verzinsung von Spargeldern zu günstigen Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Verschwiegenste u. zuverlässigste Erledigung aller Angelegenheiten.

Institut für vornehme Ehevermittlung.

Frau Ella Tischler, Wiesbaden
Grabenstrasse 21. — Telefon 3973.

Spezialität Gratis Neuheit
Erhalten jeder bei einer Aufnahme von 6 — 12 an das beliebte Schneebild

Geschenkbild

vom 10. November bis 1. Dezember.

Gut durchheizte Räume.

Geöffnet: Wochentags von 9—1 und 3—7 Uhr.

Sonntags 10—2 Uhr.

Photographie E. Schmidt

Wiesbaden, Michelsberg 1.

Haltestelle der elektr. Linie 2 (rot) und 3 (blau).

Deutsche Warte

Herausgeber A. Damaschke.

Illustrierte Tageszeitung, seit 29 Jahren bestehend, vertritt alle auf eine Neugestaltung deutscher Kultur hinzielenden Reformbestrebungen (Organ des Hauptauschusses für Kriegerheimstätten) enthält wertvolle Zeitaufsätze führender Männer aller Parteien über Zeit- und Lebensfragen, berichtet schnell und sachlich über alle wissenswerten Vorkommnisse und liefert ihren Lesern außer einer täglichen Unterhaltungsbeilage noch sechs Beiblätter:

Ratgeber für Kapitalisten, Land- und Hauswirtschaft, Gesundheitswarte, Rechtswarte, Grenzware, Frauenzeitung und Jugendwarte.

Der Bezugspreis beträgt monatlich nur 1.10 Mark

(Bestellgeld 14 Pf.). Feldpostbezug monatlich 1.45 Mk.

Probenummern kostenfrei durch den Verlag

Berlin NW 6.

Trauerbriefe — Trauerkarten

Liefert schnellstens

„Rheingauer Bürgerfreund“.